

Koch, Christian
 Kuhnert, Uwe
 Pacyna, Michael Dr.
 Wirtz, Hans-Dieter

FDP-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Bündnis90/Grüne
 CDU-Fraktion

Tagesordnung

| TOP | Inhalt | Vorlage Nr. |
|-----|---|--------------|
| | <u>Öffentliche Sitzung</u> | |
| 1 | Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin | |
| 2 | Verpflichtung von Ausschussmitgliedern | |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | ÖPNV - Bericht über Situation in der Fahrgastbeförderung auf den Regionalbahnen | 079/2013-7 |
| 5 | ÖPNV - Bericht über Gutachten "Potentiale für den Schienengüterverkehr in der Region Bonn / Rhein-Sieg | 086/2013-7 |
| 6 | Vorstellung der überarbeiteten Straßenraumplanung für das Baugebiet Hm 01 (Am Aegidiushäuschen, Dechant-Blum-Straße, Effelsbergstraße) | 075/2013-9 |
| 7 | Anregung nach § 24 GO vom 12.10.2012 betr. Planänderungen im Bebauungsplan 109, Bereich Schußgasse in Roisdorf | 531/2012-7 |
| 8 | Anregung nach § 24 GO vom 27.12.2012 (Eingang 07.01.2013) betr. Beschilderung an der Alfred-Rademacher-Straße in Bornheim | 063/2013-9 |
| 9 | Anregung nach § 24 GO vom 04.01.2013 betr. Aufstellung von Abfallbehältern in der Königstraße | 065/2013-SUA |
| 10 | Anregung nach § 24 GO vom 05.01.2013 betr. Beschilderung der Fußgängerüberwege am Kreisverkehrsplatz Siefenfeldchen | 064/2013-9 |
| 11 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2013 betr. Aufstellung des Verkehrsschildes 240 in der Frankfurter Straße, Roisdorf | 077/2013-9 |
| 12 | Antrag der UWG/Forum-Fraktion vom 26.01.2013 betr. Aufhebung der Sperrung für die Talstraße | 093/2013-9 |
| 13 | Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2013 (Eingang 06.02.2013) betr. Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf der Grünwaldstr., im Teilbereich von Neugrabenweg bis zur Ampelanlage, Ecke Albertus-Magnus-Str. | 111/2013-9 |
| 14 | Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2013 (Eingang 06.02.2013) betr. Möglichkeiten zur Schaffung eines behindertengerechten Zugangs für Fußgänger im Verlauf/Verlängerung der Bierbaumstraße in Hersel | 112/2013-9 |
| 15 | Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2013 betr. Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf | 110/2013-7 |
| 16 | Antrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2013 betr. Probetrieb im Bornheimer Zentrum verbessern | 100/2013-9 |
| 17 | Antrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2013 betr. Neues Gutachten zum EKZ Roisdorf | 113/2013-7 |
| 18 | Mitteilungen mündlich | |
| 19 | Mitteilung betr. Fördermittelsituation Integriertes Handlungskonzept Königstraße | 089/2013-9 |
| 20 | Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen | |
| 21 | Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.02.2013 betr. Riss-Sanierung / Beseitigung von Winterschäden auf den Gemeindestraßen | 108/2013-9 |

| | | |
|-----|-------------------|-------------|
| TOP | Inhalt | Vorlage Nr. |
| 22 | Anfragen mündlich | |

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Tagesordnungspunkte 15 und 17 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 15, 17, 16, 18 – 22.

| | | |
|----------|--|--|
| | <u>Öffentliche Sitzung</u> | |
| 1 | Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin | |

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

| | | |
|----------|---|--|
| 2 | Verpflichtung von Ausschussmitgliedern | |
|----------|---|--|

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

| | | |
|----------|-----------------------------|--|
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
|----------|-----------------------------|--|

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

| | | |
|----------|--|-------------------|
| 4 | ÖPNV - Bericht über Situation in der Fahrgastbeförderung auf den Regionalbahnen | 079/2013-7 |
|----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften bedankt sich bei den Anwesenden und nimmt deren Ausführungen zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|----------|---|-------------------|
| 5 | ÖPNV - Bericht über Gutachten "Potentiale für den Schienengüterverkehr in der Region Bonn / Rhein-Sieg | 086/2013-7 |
|----------|---|-------------------|

Der Antrag der SPD-Fraktion das Wort „zustimmend“ im Beschlusssentwurf zu streichen, wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Vertreters des Rhein-Sieg-Kreises zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|----------|---|-------------------|
| 6 | Vorstellung der überarbeiteten Straßenraumplanung für das Baugebiet Hm 01 (Am Aegidiushäuschen, Dechant-Blum-Straße, Effelsbergstraße) | 075/2013-9 |
|----------|---|-------------------|

Die Anträge der FDP-Fraktion

1. die Kreuzungsbereiche Effelsbergstr./Dechant-Blum-Straße sollen mit einer anderen auffälligen Farbe und einer niedrigen Aufpflasterung vorgesehen werden,
2. die Bäume vor Effelsbergstr. 15 und 9/11 sollen ersatzlos entfallen,
3. die Bäume der Dechant-Blum-Straße Nr. 23 und gegenüber Nr. 21/23 sollen Richtung Einmündung der Effelsbergstraße verschoben werden,

werden mit einem Stimmenverhältnis von

zu Ziffer 1:

09 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, FDP)

10 Stimmen gegen den Antrag (CDU tw., B90/Die Grünen, van den Berg)

01 Stimmenthaltung (CDU tw.)

zu Ziffer 2:

02 Stimmen für den Antrag (FDP)

18 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen, FDP, UWG, van den Berg)

zu Ziffer 3:

09 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, FDP)

11 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B 90/Die Grünen, van den Berg)

abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften

1. nimmt Kenntnis von der überarbeiteten Entwurfsplanung, der Niederschrift zur Anliegerversammlung und den vorgebrachten Anregungen, sowie den Ausführungen des Bürgermeisters
2. beschließt den Ausbau Am Aegidiushäuschen, Dechant-Blum-Straße und Effelsbergstraße gemäß der überarbeiteten Planung auszuführen.

- Einstimmig -

AM Hönig erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er für den Beschluss gestimmt habe, da in der stattgefundenen Anliegerversammlung alles besprochen wurde und man nicht immer noch nachträglich vorgebrachte Änderungen berücksichtigen kann, damit der Ausbau erfolgen kann.

Die persönliche Erklärung des AM Hönig wird von seiner Fraktion unterstützt.

| | | |
|----------|---|-------------------|
| 7 | Anregung nach § 24 GO vom 12.10.2012 betr. Planänderungen im Bebauungsplan 109, Bereich Schußgasse in Roisdorf | 531/2012-7 |
|----------|---|-------------------|

Der Antrag der SPD-Fraktion, nicht nur die Planstraße B entfallen zu lassen, sondern auch die Vergrößerung des Baufensters oberhalb der Planstraße A um 3 Meter, Wegfall der Planstraße A und Reduzierung auf den Wirtschaftsweg zu beschließen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

06 Stimmen für den Antrag (SPD, van den Berg)

16 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B 90/Die Grünen, FDP, UWG)

abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,
gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB das vereinfachte Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr.109 (Ortsteil Roisdorf) einzuleiten. Das Plangebiet liegt südlich der Schussgasse.

- Einstimmig -

| | | |
|----------|--|-------------------|
| 8 | Anregung nach § 24 GO vom 27.12.2012 (Eingang 07.01.2013) betr. Beschilderung an der Alfred-Rademacher-Straße in Bornheim | 063/2013-9 |
|----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|----------|--|---------------------|
| 9 | Anregung nach § 24 GO vom 04.01.2013 betr. Aufstellung von Abfallbehältern in der Königstraße | 065/2013-SUA |
|----------|--|---------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 10 | Anregung nach § 24 GO vom 05.01.2013 betr. Beschilderung der Fußgängerüberwege am Kreisverkehrsplatz Siefenfeldchen | 064/2013-9 |
|-----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 11 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2013 betr. Aufstellung des Verkehrsschildes 240 in der Frankfurter Straße, Roisdorf | 077/2013-9 |
|-----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Liegenschaften und Planungen beauftragt den Bürgermeister,

1. die Verkehrsverhältnisse in der Frankfurter Straße in Roisdorf im Rahmen eines straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahrens im Sinne des Antrages zu überprüfen und
2. die sich daraus ggf. ergebenden straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen zu treffen.

- Einstimmig -

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 12 | Antrag der UWG/Forum-Fraktion vom 26.01.2013 betr. Aufhebung der Sperrung für die Talstraße | 093/2013-9 |
|-----------|--|-------------------|

AM Feldenkirchen bittet nachfolgende Stellungnahme in die Niederschrift aufzunehmen:
 Wenn wir jetzt in Zukunft feststellen, dass es betreffs des Pfostens Behinderungen bei Einsätzen der Feuerwehr gibt, werden wir natürlich auf unseren Antrag zurückkommen und im Anhörverfahren behandeln lassen.

Der Erste Beigeordnete Herr Schier regt an, die provisorische Ausstattung dieses Punktes noch eine Weile aufrechtzuerhalten, um einen längeren Erfahrungshorizont zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 13 | Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2013 (Eingang 06.02.2013) betr. Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf der Grünwaldstr., im Teilbereich von Neugrabenweg bis zur Ampelanlage, Ecke Albertus-Magnus-Str. | 111/2013-9 |
|-----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und beauftragt den Bürgermeister,

- den im Antrag angegebenen Bereich zwischen Albertus-Magnus-Straße und Neugrabenweg hinsichtlich eines Erfordernisses zur Gefahrstellenausleuchtung zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zu überprüfen, die Kosten zu ermitteln und
- dem Ausschuss das Prüfergebnis mitzuteilen.

- Einstimmig -

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 14 | Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2013 (Eingang 06.02.2013) betr. Möglichkeiten zur Schaffung eines behindertengerechten Zugangs für Fußgänger im Verlauf/Verlängerung der Bierbaumstraße in Hersel | 112/2013-9 |
|-----------|--|-------------------|

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften

1. nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und
2. beauftragt den Bürgermeister, die Möglichkeiten zur Schaffung eines behindertengerechten Zugangs für Fußgänger, im Verlauf/Verlängerung der Bierbaumstraße in Bornheim-Hersel Richtung Rhein (Leinpfad), prüfen zu lassen.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 15 und 17 werden zusammen behandelt und zusammen abgestimmt.

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 15 | Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2013 betr. Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf | 110/2013-7 |
|-----------|--|-------------------|

| | | |
|-----------|--|-------------------|
| 17 | Antrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2013 betr. Neues Gutachten zum EKZ Roisdorf | 113/2013-7 |
|-----------|--|-------------------|

Die Anträge der FDP-Fraktion den Bürgermeister zu beauftragen,

1. dass die Stellungnahme zum Gutachten ausdrücklich nicht durch die BBE Handelsberatung oder ein Schwesterunternehmen, sondern durch die Stadtverwaltung erstellt

werden soll,

2. eine Änderung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Bornheim vorzubereiten, das dem Ziel folgt, den zentralen Versorgungsbereich der Stadt Bornheim in der Ortschaft Bornheim auf der Königstraße und den umliegenden Straßen zu konzentrieren, werden mit einem Stimmenverhältnis von
02 Stimmen für den Antrag (FDP)
19 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen, UWG, van den Berg) abgelehnt.
(ohne Mitwirkung des AM Nettekoven gem. § 31 GO.)

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen,

1. die Gutachten des Gewerbevereins Bornheim e. V. in das laufende Verfahren mit einzubeziehen und die Differenzen zwischen den Verkehrsgutachten sowie die Abweichungen aus den Plausibilitätsüberprüfungen der Auswirkungsanalyse der BBE Handelsberatung und des kommunalen Einzelhandelskonzeptes der Stadt Bornheim zu bewerten.
2. mitzuteilen, ob die Festlegung des Hauptversorgungszentrums Bornheim / Roisdorf als zusammengefasster zentraler Versorgungsbereich von Bornheim, Königstraße bis Rathaus/Schumacherstraße als Grundlage für die geplante Entwicklung am TOOM-Standort rechtlich belastbar und abgesichert ist.
3. dem Ausschuss die mit Vorlage 315/2012-7 beschlossene Machbarkeitsprüfung des Kreisels im Bereich Bonner Str. / Siegesstr. / Herseler Str. vorzulegen und die Ergebnisse der Verhandlungen zur Kostenbeteiligung des Investors zu nennen.

- Einstimmig -

(ohne Mitwirkung des AM Nettekoven gem. § 31 GO.)

| | | |
|-----------|---|-------------------|
| 16 | Antrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2013 betr. Probebetrieb im Bornheimer Zentrum verbessern | 100/2013-9 |
|-----------|---|-------------------|

Über den Antrag der FDP-Fraktion,

„Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt, den Probebetrieb so zu erweitern, dass in seinem Rahmen die vom Rat am 29. April 2004 unter Vorlage 158 / 2004-7 beschlossenen Leitlinien auf ihre praktische Durchführbarkeit überprüft werden können.

Hierzu wird die Dauer des Probebetriebs auf den Zeitraum von einem Jahr festgelegt. Erst danach soll es abschließende Planungen zum Straßenausbau auf der Königstraße geben, damit notwendige Modifikationen in diese mit einfließen können.

Im Rahmen des Probebetriebs soll nach einem halbjährigen Test der Planvariante D1 des Integrierten Handlungskonzeptes über den Zeitraum von ebenfalls einem halben Jahr auch die im Verkehrsgutachten enthaltene Planvariante E / E1 getestet werden.

In der Abbildung der Planvariante D1 soll, abweichend zu den bisherigen Planungen zum Probebetrieb, alle Komponenten im Verlauf der Testphase überprüft werden. Daher wird der Probebetrieb um die Einrichtung einer unechten Einbahnstraße auf dem Apostelpfad und die Abbildung der Wallraffstraße zwischen Burgstraße und Secundastraße erweitert.“

wurde nach Abstimmung über den Beschlussentwurf nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften

1. nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters
2. sieht von einer Änderung zum Probetrieb lt. Beschlusslage vom 07.11.2012 ab.

Abstimmungsergebnis

- 18 Stimme/n für den Beschluss (CDU tw., SPD, B90/Grüne, UWG, van den Berg)
- 4 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU tw., FDP)

| | | |
|-----------|------------------------------|--|
| 18 | Mitteilungen mündlich | |
|-----------|------------------------------|--|

des Ersten Beigeordneten Herrn Schier

1. Die Dokumentation über die Regionale 2010 kann beim Fachbereich 1 ausgeliehen werden.
2. betr. Rheinufer
Über den Winter ist eine bauliche Maßnahme durchgeführt worden. Die Bohr- und Aufschlussarbeiten konnten Ende Januar abgeschlossen werden.
Erste Informationen über die Ergebnisse der Untersuchungen werden im Mai vorliegen und diese Ergebnisse sollen dann in einer Bürgerversammlung mitgeteilt werden.
- Kenntnis genommen -

| | | |
|-----------|---|-------------------|
| 19 | Mitteilung betr. Fördermittelsituation Integriertes Handlungskonzept Königstraße | 089/2013-9 |
|-----------|---|-------------------|

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen
von AM Nettekoven

Es wird, auch wenn wir es nicht schaffen sollten die Mittel wie vorgesehen bis Ende 2014 abzurufen, keine Rückforderung von bereits ausgezahlten Mitteln für die Abschnitte, die bereits gebaut sind, geben. Abschnittsweise Förderung wird nicht zurückgezahlt. Mir wurde der Hinweis gegeben, den Peter-Fryns-Platz als separate Maßnahme eigenständig zu realisieren und nicht mit der Königstraße zusammen zu führen. Die Rückforderung ist seit Jahren eine falsche Darstellung der Verwaltung.

Wie sieht die Stadtverwaltung dies?

Antwort:

Hierzu wurde versucht in der Vergangenheit deutliche Aussagen zu treffen. Die unterstellten Falschdarstellungen können in der Vorlage nicht erkannt werden. Als Anlage ist das Schreiben der Bezirksregierung beigelegt, das der Stadt genau diese Frist bis 2014 einräumt. Es wurde deutlich gemacht, dass es jetzt in dieser Zeit, in diesen Jahren, eine andere Position der Förderbehörden gibt, die jetzt nicht mehr sagen, wir haben einen Förderhorizont, wenn eine Stadt in 5 Jahren nicht fertig wird, dann wird sie vielleicht in 10 Jahren fertig, sondern, dass wir uns an die Aussage der Bezirksregierung formal zu halten haben. Man will sich deshalb nicht zu der Annahme versteigen, dass, wenn im Jahre 2014 erst 100.000 Euro dieser zugesagten Mittel verbaut sind, wir dann weiter machen können. Man kann zwar neue Förderanträge stellen, diese werden aber dann auch neu entschieden. Dieses wird sich in Zukunft ganz anders darstellen als in der Vergangenheit, wo die Mittel teilweise fortgeschrieben wurden. Jetzt gehen die Förderbehörden, auch aus finanzpolitischen Gründen, dazu über zu sagen, der Förderhorizont den wir definieren, sei abschließend. Dieses erleben wir in dieser Schärfe erstmals beim Grünen C und bei dem Konjunkturprogramm haben wir das schon erlebt. Wir haben mehr als einen begründeten Anlass,

dieses Handlungsprogramm Königstraße mit den 4 großen Teilmaßnahmen bis zum Ende 2014 abgeschlossen haben zu müssen.
Das Schreiben der Bezirksregierung macht dies deutlich und daran haben wir uns zu halten.

von AM Kleinekathöfer

Wie groß bewerten sie den Unterschied, wenn die Stadt offiziell im Hinblick auf die Förderung eines konkreten Projektes hin fragt, dass da eine verbindliche Antwort von der Bezirksregierung kommt gegenüber der dann doch unverbindlichen Anfrage eines Bürgers?

Antwort:

Die Behörde reagiert auf Anfragen gleich, nämlich rechtssicher und objektiv an dem Verfahren orientiert. Das was man mündlich erfährt ist das, was verantwortliche Projektleiter einem mitteilen. Wir wurden bisher stets gut durch die Vertreter der Bezirksregierung unterstützt unsere Förderprojekte erfolgreich umzusetzen. Das einzige was anders ist als in der Vergangenheit ist, dass die Fristen strenger ausgelegt werden als bisher.

von AM Hönig

Bis 2014 muss das Projekt abgeschlossen und abgerechnet sein. Ist das richtig?

Antwort:

Bis zum 31.12.2014 stehen die Mittel zur Verfügung und sie müssen dann abgefordert und verbraucht werden. Die Abrechnung von Förderprojekten ist dem nachgeschaltet.

| | | |
|-----------|---|--|
| 20 | Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen | |
|-----------|---|--|

Keine.

| | | |
|-----------|---|-------------------|
| 21 | Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.02.2013 betr. Riss-Sanierung / Beseitigung von Winterschäden auf den Gemeindestraßen | 108/2013-9 |
|-----------|---|-------------------|

- Kenntnis genommen -

| | | |
|-----------|--------------------------|--|
| 22 | Anfragen mündlich | |
|-----------|--------------------------|--|

von AM Kleinekathöfer

1. Kann die Verwaltung eine Erklärung dafür liefern, dass es in der Ausgabe vor Weihnachten in „Wir Bornheimer“ einen Artikel, verantwortlich gezeichnet vom Gewerbeverein, gab, in dem das Gebäude Roisdorfer Str./Ecke Bonner Straße abgebildet war mit dem Untertitel „Muss dem geplanten Kreisels weichen“?
Gibt es bereits Planungen, aus denen man ablesen könnte, das irgendein Gebäude im Einzugsbereich des geplanten Kreisels komplett abgerissen werden müsste?

Antwort:

In der Stadtverwaltung ist eine derartige Planung nicht bekannt. Es liegen erste Vorentwürfe vor, die einen Kreisels im Rahmen der vorhandenen nicht bebauten Flächen möglich machen.

2. Teilt die Verwaltung meine Auffassung, dass es unverantwortlich ist, dass wenn noch keine konkreten Planungen vorliegen, so mit Ängsten von Menschen zu spielen?

Antwort:

Die Stadtverwaltung ist bemüht Perspektiven und Planungen zu vermitteln, die eine gewisse Realitätsnähe haben, auch wenn es sich dabei möglicher Weise für den einen oder anderen um unerfreuliche Ergebnisse handelt. Etwas in den Raum zu stellen, was keinerlei Realitätsbezug hat, ist in der Stadt unüblich.

von AM Stadler

1. Es konnte in der Zeitung gelesen werden, dass die Obere Landschaftsbehörde der Unteren Landschaftsbehörde widersprochen hat den Reiterhof zu genehmigen. Können Sie meine, Ihnen zugegangenen Anfragen, dem Ausschuss beantworten?
1. Ist damit das Baugesuch des Antragstellers nicht genehmigungsfähig

- und wird somit von Ihrer Behörde abgelehnt?
2. Hat diese Entscheidung der Oberen Landschaftsbehörde Konsequenzen für die vorhandenen Pferdeunterstände und Weideplätze?
 3. Was geschieht nun mit der so genannten "Ranch" auf dem Gelände des ehemaligen Heimatblickes?

Antwort:

Das Schreiben der Bezirksregierung bedeutet aber nicht, dass dieses Projekt nicht doch realisiert werden kann. Die Bezirksregierung hat erstmal Bedenken geäußert, dass dies nicht mit dem Landschaftsschutz vereinbar ist und hat die Untere Landschaftsbehörde aufgefordert, entsprechende Bescheide zu erlassen. Es gibt Landschaftsplanverfahren, mit denen man getroffene Aussagen, Landschaftsschutzfestsetzungen verändern kann. Ob dieses Ziel besteht, weiß die Stadt Bornheim nicht. Das wäre eine Frage des Kreises, der dies mit der Bezirksregierung zu erörtern hat. Insofern haben wir als Bauaufsicht nur beschränkte Möglichkeiten auf diesen Sachverhalt unmittelbar einzuwirken. Wenn festgestellt wird, dass einem Bauvorhaben grundsätzliche Aspekte des Landschaftsschutzes entgegenstehen, haben wir keinen Anlass, auf dieser Grundlage gegen dieses Votum eine Baugenehmigung zu erteilen.

2. Wenn es dabei bleibt, dass die Untere Landschaftsbehörde sagt, dass es in diesem Bereich nicht mit dem Landschaftsplan vereinbar ist (Pferdehaltung, Betriebe), hat dies Auswirkungen auf die bereits vorhandenen Gebäude, insbesondere auf die sog. Ranch, die in der Nähe des Heimatblickes ist?

Antwort:

Ganz verallgemeinern kann man die Aussagen nicht, denn die Bezirksregierung hat sich auf dieses Bauvorhaben beschränkt. Dennoch wird es für verständlich gehalten, wenn man unwillkürlich zur Einschätzung käme, auch in anderen Landschaftsschutzgebieten wären privilegierte Vorhaben zunächst nicht zulässig, wenn sie eine entsprechende Auswirkung auf das Landschaftsbild haben, was man bei Landschaftsschutz generell unterstellen darf. Das Gebäude, das sie meinen, ist außerhalb der Regelungskompetenz der Stadt Bornheim, denn dieses Gebäude liegt im Bereich der Gemeinde Alfter.

von AM Freynick

1. Wie lautet der Sachstand bei den beiden Anhörverfahren „Parken auf der Kreuzbergstraße“ und „Vorfahrtsregelung auf der Jennerstr./Lindenstraße“?

Antwort:

Bei der Vorfahrtsregelung Jennerstr./Lindenstraße hat es eine Erörterung mit der Polizei gegeben. Dort liegen keine Erkenntnisse vor, die eine Änderung der bestehenden Vorfahrtsregelung erforderlich machen. Hierüber wird noch eine förmliche Mitteilung im Ausschuss erfolgen.

Im Parkverhalten Kreuzbergstraße wurde versucht dies zu untersuchen. Es wurden auch Meldungen an die Überwachenden des ruhenden Verkehrs gegeben. Bisher gab es keine Rückmeldung, dass hier besondere Probleme auftreten. In wie weit die Schärfe des Parkdrucks noch gegeben ist, kann derzeit nicht gesagt werden. Es wird noch auf eine Erörterung mit dem Fachbereich 3 gewartet.

2. Uns wurde angekündigt und die Möglichkeit eingeräumt, bei dem Anhörverfahren benachrichtigt zu werden, um bei der Ortsbegehung dabei zu sein. Dies hätten wir gerne gemacht.
Warum ist das nicht erfolgt?
Was wird sich dann konkret an der Vorfahrtsregelung ändern?

Antwort:

Bei dieser Aufgabenstellung hat es keinen Ortstermin gegeben, sondern nur einen Erörterungstermin mit der Polizei. Die weitere Beteiligung von Ortsvorsteher und anderen Angeboten bleibt offen und es wird hier noch einmal zu einem abschließenden Ortstermin kommen.

Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung